

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

98. Jahrgang.

Freitag, den 21. März

Nr. 67

1919

Erhalten täglich
in Kasse oder
durch den Postboten
zu 2.10, im Einzel-
verkauf 1.10, im Ab-
onnement 12.00, im
Abonnement 12.00
nach Verhältnis.

Angewandte
in die einseitige Seite an
gedruckt Schrift oder
deren Raum bei einem
Anzeige 16 Pf.
bei mehrmaliger
Anzeige nach Abat.
—
Gemeindefürer 21.
Postfach 1111
7113 Stuttgart.

Die Nationalversammlung.

Tagung des Verfassungsausschusses.

Weimar, 19. März. WTB. In der Beratung des Verfassungsausschusses über Artikel 15 der Reichsverfassung, der die Zusammenfassung kleinerer Einzelstaaten oder kleinerer Landbestände, die in einem politischen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit den übrigen Teilen ihres Staates stehen, zu neuen Staaten vorschlägt, erklärte Reichsminister Dr. Preuß:

Eine solche Umgruppierung sei unabweislich als Voraussetzung einer wirksam demokratischen Verfassung. Die Frage sei, wie das bisherige Preußen in das neue Reich eingegliedert sei, angefaßt die Schwierigkeit der beiden Präsidenten und der beiden Nationalversammlungen im Reich und in Preußen. Für eine derartige große Umgestaltung zum Zweck des von ihm für richtig gehaltenen Ausbau des Reiches sei die öffentliche Meinung aber noch nicht stark genug. So sei Artikel 15 lediglich als Programm aufzufassen, auf dessen Einzelheiten es wenig ankomme. Bei der Regierung sei die wichtigste Frage, die der Staatenansicht gerade streichen wollte, daß ein Reichsgesetz das für maßgebend werde. Nicht einmal der Zusammenschluß der kleinsten Staaten könne ohne Eingreifen des Reiches erreicht werden.

Leimbach (3.) beantragt neue Artikel 13a und b, nach welchen das deutsche Volk ohne Rücksicht auf die bisherige Abgrenzung neue deutsche Volksstaaten von mindestens 3 Millionen Einwohner innerhalb des Reiches errichten könnte, soweit Staatsrecht, wirtschaftliche Verhältnisse und geschichtliche Beziehungen dies nahelegen. Dazu bestreite es einer Volksabstimmung in den betreffenden Landbeständen und der Entscheidung durch Reichsgesetz. Redner stimmt dem Antrag auf eine Teilung Preußens zu, da Reichspräsident Scheidemann Schritte in der Richtung einer rheinisch-westfälischen Republik für gegenwärtig ungewinnlich erklärt habe, und die Anschlussverhandlungen in die Defensive gedrängt seien, so über er (Redner) Zurückhaltung und behandle die Frage als preussische Frage. Redner erklärt, der Fortbestand Preußens bedeute die Bewahrung des Reiches im Reich und diese sei unumgänglich. Der einzige Föderalismus und eine durchaus feste Reichseinheit liege, weil Preußen zu stark sei. Der Redner will seinen Hegemonieposten, der sich von Weimar bis Trier erstreckt, sondern einen primus inter pares. Trotzdem könne eine starke Zentralmacht so da sein, daß kein Bundesstaat die Vormacht habe. Die Einheitlichkeit könne dadurch nur gesichert werden.

Preuß. Volksminister Haase erklärt, der jetzige Zeitpunkt des Zusammenbruchs sei äußerst ungünstig für große politische Experimente. Er behalte den Answeg, Preußen zum Reichsland zu machen und betone, das Reich dürfe nicht ohne Zustimmung für Einzelstaaten entscheiden, deshalb wünsche auch er den vom Staatenansatz gestrichenen Satz zu streichen. Preußens Einheitlichkeit liege in der einheitlichen Arbeit, der Arbeit der Verwaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit. Das müsse man nicht unumgänglich geschlossen. Das Auseinanderreißen sei erst durch diesen unglücklichen Verfassungsvertrag erfolgt worden. Man dürfe keine unüberwindliche Populärpolitik treiben, wie das Reichsamt des Innern. Herr Leimbach schließlich treibe sehr materialistische Politik und wolle die Reichslande abgeben, wie Herr Looscher, Hannover. Kaiten verlassen das Stück der Schiffe. Man will nicht mehr bestreuen für das Innere Preußens, sondern sein Eigentum für sich behalten. Die ungeschwächte Kraft Preußens sei für das Reich unentbehrlich. Preußen hat nicht partikuläre Sonderrechte beantragt, sondern viel für das Reich getan, daher sei es auch undankbar, nach seinem Körper zu greifen. Wenn der Westen nicht so eifrig seine Loslösung von Preußen betrieben hätte, wäre der Anreiz für das Ausland, diese Gebiete vom Reich zu trennen, geringer gewesen.

Reichsminister Dr. Preuß erklärt, neben der preussischen Hegemonie oder dem Aufgehen Preußens in Deutschland gäbe es keine dritte Möglichkeit. Ein Reichspräsident sei neben einem preussischen Präsidenten, der über vier Stimmzettel der Einwohner des Reiches gebiet, einfach nicht lebensfähig. Um eine wirtschaftliche Zerteilung handle es sich nicht. Erhalte Preußen Militär und Eisenbahnen, so sei das Reich verloren; andernfalls könne es ruhig in die Zukunft sehen. Jetzt müsse man eine Infanz schaffen, die das künftige Notwendige mit ruhiger Energie vorbereite. — Reichsminister Dr. Preuß erklärt, der vom Staatenansatz gestrichene Satz würde Mecklenburg-

Stetig zwingen können, das Fürstentum Rügen abzutreten, das wäre eine unerträgliche Härte. — Bismarck'scher Bevollmächtigter Wibel. Geh. Rat Bodemann wandte sich auch für Rügen gegen die Bestimmung, daß Staaten unter einer Million Einwohner nach drei Jahren das Stimmrecht im Reich erlangen sollten. Das würde ihre Selbstbestimmung, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt hätte wirtschaftlich, industriell und kulturell ihren Platz im Reich wohl ausgefüllt. Schließlich bliebe den kleineren Staaten nichts übrig als in Preußen aufzugehen. Aber das beabsichtige weder dieser Entwurf, noch läge es in dem Wunsch ihrer Verbündeten. — Rügen kein (Soz.) will die beiden großen Gebiete Preußen und Bayern dem Interesse des Reiches zufügen. Bayern umfasse mindestens 4 Provinzen mehr als 12 Stämme, und gerade die Eigenart der einzelnen Wirtschaftskreise erfordere die Vermischung einer Reihe von Stämmen an die Landesvertretung der Stämme und nicht an einen großen Berliner Landtag. — Dr. Delbrück (Dn.): Es läßt immer darauf hinaus, Preußen soll abgeben; die kleineren Staaten wollen mehr haben. Abgabeweise wird aber die Entwicklung der preussischen Provinzen dorthin führen, daß die Provinzen ihre Abgeordneten in den Reichstag entsenden. Dann entsenden die Stämme, die für die Zerlegung Preußens geltend gemacht werden. Die wirtschaftliche Bedeutung eines großen Preußen für das Reich, seine hohen kulturellen Leistungen z. B. auf dem Gebiete des Schulwesens waren nur in einem wirtschaftlich kräftigen Staat möglich. Das Reich wird durch Kompetenzverlust nicht stärker. Wir wehren uns gerade im Interesse des Reiches gegen eine Zerlegung Preußens. Darauf will Königspause ein.

Wir und Polen.

Von militärischer Seite wird der „L. R.“ geschrieben: Die Operationen an der polen Front wurden durch das Nachwachen der Entente in dem Augenblick unterbrochen, als beide Teile zufolge ihrer fortgeschrittenen Rüstungen an Stelle der bisherigen Patrouillenunternehmungen und Bandenkämpfe zu größeren Schlägen mit Truppen aller Waffenarten ausbrechen konnten. Der stetige deutsche Angriff auf Warschau und das Vorgehen der Polen gegen Kamensk und Rosel sind die ersten Anzeichen hierfür. Die Deutschen haben dann das geschlossene Abkommen prinzipiell eingehalten, so unangenehm es für sie auch war und so widersprechend die tatsächliche Lage sich anbot. Polnische Seiten hingegen wurden die eingegangenen Verpflichtungen in den ersten 14 Tagen oft systematisch an der ganzen Front gebrochen. Wenn der Gegner es sich sofort angelegen sein ließ, durch Funkpruch von Warschau nach Paris die östlichen Deutschen eines gleichartigen Vorgehens zu bezichtigen, so hielt dieses Verhalten auf der gleichen stützlichen Höhe, wie der Versuch durch polenere Funkprüche und Zeitungsartikeln die deutschen Soldaten wegen des Gebrauches von Gummi-Gewehren und arger Gewalttaten in den Ruf unheimlicher Grausamkeit zu bringen und die Augen des In- und Auslandes von den zahllosen Verbrechen der polnischen Soldateska gegen deutsche Truppen und harmlose Einwohner abzulenken. Es wird die stolzen Sarmaten schmerzlich alljährig geniert haben, daß ihnen dabei in tunter ein kleines Mißgeschick passiert ist, so wenn sie die Behauptung und Einordnung eines Kaufmanns in die Weichenausposten, der nachher wahrheitsgetreu beschwor, daß er nie verhaftet und dabei auch noch erschossen sei.

In den letzten Tagen gewinnt es aber den Anschein, als ob auch der Feind vorläufig sich etwas freier an die ihm auferlegten Verpflichtungen halten wolle, wiewohl kein Tag ohne kleine Übergriffe von seiner Seite vergeht. Vielleicht hat man darin eine Folge der Anwesenheit des nach Berlin weitergereisten Generals Dupont in Polen zu sehen. Wie lange diese Enthaltsamkeit dauern wird, muß man abwarten. Sicher ist jedenfalls, daß die militärischen Rüstungen von polnischer Seite mit ungeschwächtem Eifer fortgehen, wie die Zusammenfassung der Divisionen zu Regimentsverbänden, die Aufstellung von Spitzgruppen, die Aufstellungen, die Anfertigung von Munition usw.

Fast täglich verlassen Transportzüge, auch mit Artillerie, den Bahnhof Warschau. Gleichzeitig verdrängen sich aber auch die Gerüchte von dem Abbruch größerer Truppenmassen nach Warschau und Galizien. In Osnabrück sind sogar die Deutschen bis zum Jahrgang 1902 gemustert worden, angeblich, um in geschlossenen Verbänden unter polnischer Führung gegen die Bolschewiken zu kämpfen. Die Gegenleistung Kongresspolens besteht natürlich wieder in Rohle, Naphtha und vielleicht in einem Teil der aus

Ungarn herangeführten Waffen und Munition. Es ist schon glaubhaft, daß die Polen Verstärkungen nach Ostgalizien geschickt haben, denn nach dem Warschauer Heeresbericht vom 28. Februar waren am 17. an der Lemberger Front auf 250 Km Breite schwere Kämpfe entbrennt. Wenn auch nach polnischen Angaben die entscheidenden Angriffe der Ukrainer gescheitert bzw. im Gegenstoß abgewiesen sind, so läßt die gemeldete Beute von 300 Gefangenen, einem Geschütz und 1700 Maschinengewehren nicht gerade auf allzu große Erfolge schließen. Vielleicht bedarf man der polen Truppen auch wirklich gegen die russische Gefahr — die Nachrichten über die vorliegende Lage sind äußerst spärlich. — und vielleicht will man sich ihrer auch gegen innere Unruhen bedienen. Die Meldungen über solche in Warschau und im Pommern Kohlenrevier wollen nicht verschweigen. Außerhalb des Reiches der Möglichkeit liegt es aber auch nicht, daß diese Kräfte zum Aufmarsch an der oberösterreichischen Grenze bestimmt sind. Hier werden die Polen sich nicht durch eine Demarkationslinie gebunden machen. Ihre Zwischigkeiten mit den Tschechen sind neuerdings durch den Schiedspruch französischer Offiziere in einem für sie nicht unangünstigen Sinne beigelegt worden. Namentlich Tschern wurde den Polen zugesprochen und darf nur von Kiewler nicht beigelegt werden. So steht einem von drei Seiten umfassenden Angriff auf das vor Agitation und einer zügelloser Presse verheißte und verheißene oberösterreichische Industriezentrum nichts im Wege. Die Tschechen sind bekanntlich an der südösterreichischen Grenze im Anzuge und haben es zunächst auf die Groß- und Ost- und die Grenzgebiete westlich von ihr abgesehen. So wenig man diesen Maßnahmen unter dem wahren Bild wohl will — die polnische Presse hat in bitteren Klagen über die Grausamkeiten der Österr. Kluft an polnischen Geiseln und Gefangenen wider —, wird man doch eine Zersplitterung der deutschen Kräfte recht gern sehen. Nach wie vor sieht Schießen also in Gefahr, das Ziel eines Doppelangriffs zu werden. Die traurigen Zustände im Innern Deutschlands, die Verbindung mit der unter den anstehenden Brandenden fremder Agenten ein Bruchteil des Volkes unter Wirtschaftlichen nach bolschewistischem Muster zu untergraben versucht, laßt zu solchen Anschlägen geradezu ein. Bisher fehlt es noch völlig an genügender Rüstung der Waffen über den unabweisbaren Schaden, den parteiliche Elemente durch ihren wahnwitzigen Terror im Osten anrichten können.

Tagebenachrichtigungen.

Gefährdung der Lebensmitteltransporte?
Berlin, 19. März. Zwischen dem Verband der deutschen Reder und dem Transportarbeiterverband haben im Laufe der letzten Woche eingehende Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen stattgefunden. Diese Verhandlungen führten erfruchtenerweise zu einem guten Resultat. Der Tarifvertrag kann zustande. Eine kleine Gruppe radikaler Seeleute, im „Deutschen Seemannsbund“ organisiert, sucht diesen zu verhindern und trat an die Reder mit der Forderung heran, die Höhe des Tarifvertrags um 100% zu erhöhen. Werde dieser Forderung nicht nachgegeben, so würden die deutschen Schiffe nicht ausfahren. Der Deutsche Seemannsbund sucht die Arbeitswilligen von der Annahme fern zu halten. Er berief in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen ein und forderte die Seeleute auf, sich nicht anwerben zu lassen. Dieses Verhalten des Seemannsbundes ist das denkbar volksfeindlichste. Es schädigt nicht nur das deutsche Volk aufs allerschwerste, es setzt auch die deutschen Seeleute der Gefahr aus, daß sie auf ihren Schiffen nicht verbleiben können, sondern von den Alliierten herausgerissen werden. Das Verhalten des Deutschen Seemannsbundes kann daher nicht scharf genug gebührend werden. Es ist von den übrigen Arbeitern in Hamburg und Bremen zu erwarten, daß sie gegen dieses volksfeindliche Treiben mit allem Nachdruck auftreten.

Eine bedenkliche Lage.

Berlin. Der Deutsche Seemannsbund stimmte gestern in einer in Hamburg abgehaltenen Versammlung folgender Entschliessung zu: Die heutige Besatzung der Seeleute aller Chargen verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und macht allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf den Schiffen zu verweigern. — Auf diesen Beschluß hin sind bereits gestern zwei Schiffe, die gemäß dem Völscheler Abkommen auslaufen sollten, die Dampfer „Bürgermeister von Halle“ und „Bürgermeister Schröder“, an der Ausfahrt verhindert worden.

ak
tt
e
Knaben-
zügen
ern
denware
Nagold.
nd !!
er, Komiker.
g Karloff.
Am Fingel:
in rillpreise.
— weg!
auf welche ein-
gleich befestigte.
Schliffloch 47.
SER
marktstrasse
waren
am
ler Art
verkauf.
her.
ind
kaufen
einhändler
auf.
gutes Arbeit-
gebend, hat zu
Hirsch".
ant.
riefe
bei
Nagold.



Die „Bosnische Zeitung“ sagt: Das Vorgehen der Hamburger Seeleute stellt eine neue Ausartung des Faustrechts dar, das sich einzelne Glieder des deutschen Volkes gegen die Gesamtheit anmaßen. Es bedeutet eine Ungeheuerlichkeit, daß sich eine einzelne Gruppe dazu hergibt, Beiträge, die namens des deutschen Volkes geschlossen werden, zu sabotieren.

Die verschiedene Morgenblätter berichten, verbreitete noch gestern Abend der Deutsche Transportarbeiterverband, Sektion Seeleute, in Hamburg ein Flugblatt, in dem er sich gegen den Beschluß der Hamburger Seeleute wendet und sagt, daß die Seeleute trotz aller Flagge unter deutschem Recht und deutschem Kommando stehen.

Inn Abbruch der polnischen Verhandlungen.

Berlin. Zu dem Abbruch der Verhandlungen in Polen äußert die „Deutsche Allg. Ztg.“: Wenn es auch der Chef der internationalen Kommission, der französische Vorkämpfer Rouleux war, der den Abbruch aussprach, so kommt doch auch darin zum Ausdruck, daß der eigentliche Grund in der Weigerung der deutschen Waffenstillstandskommission und der Obersten Heeresleitung zu suchen ist, über die Grenzen der deutschen Waffenstillstandskommission hinauszuweichen. Auch rechtsstehende Blätter vom Mittwoch Abend, die in Unkenntnis des Abbruchs die Haltung der deutschen Delegation heftig angriffen, dürften nun wohl zu einer gerechteren Betrachtung der Lage kommen. Die feindliche Presse freilich wird wohl wieder alle Register vom immer noch nicht toten Militarismus spielen lassen. Wir haben dagegen alle Besonnenheit zu hoffen, daß auch diesmal Festhalten gegenüber übertriebenen Zumutungen zum Ziele führen wird, zur Rettung des deutschen Lebens und des deutschen Eigentums.

Die Steuerpläne.

Berlin, 9. März. Entwurf der neuen Reichssteuer liegen wie die „S. Z.“ im Reichshofgarten von zuständigen Stellen erfährt, ausschließlich nur insoweit vor, als sie die kleineren indirekten Steuern betreffen. Die neue Reichsvermögenssteuer wird sich gleichmäßig auf Theater, Kinos, Konzerte, Bälle und die Fahrmittelbesitzungen wie Karussell, Schießbuden usw. erstrecken. Geplant ist eine Besteuerung der Eintrittskarten dergestalt, daß sie proportional mit 10 bis 30 und mehr Prozent Steuer belastet wird. Beispielsweise sollen bei einem Eintrittspreis von 1 M 10 M Steuer erhoben werden, dagegen bei einem solchen von 20 M etwa 7 M. Die neue Tabaksteuer wird eine Sondersteuer auf Zigaretten sein nach Analogie der bestehenden auf Zigaretten. Die „Grundbesitzsteuer“ stellt eine Vereinfachung aller bisherigen Grundbesitzsteuern dar. Die Steuer auf Spielkarten soll wesentlich erhöht werden. Die Novellen zu den künftigen direkten Steuern erklären einflussvoll nur in groben Umrissen. Sie sind zur Zeit Gegenstand umfangreicher Beratungen im Reichshofgarten, dessen Steuerexperten Entwürfe zwischen 30 und 40 Milliarden erhoffen, doch ist man sich noch im Unklaren, in welchen Zeiträumen diese phantastischen Summen erzielt werden sollen. Fest steht bereits, daß die künftige Reichsvermögenssteuer auch auf Dissidenten und Ehefrauen ausgedehnt wird. Ob die Reichsvermögenssteuer auf Landbesitz im Wege der Erlassung von Naturalsteuern erfolgen wird oder ob, falls mehrere Steuerjahre sich zusammenschließen lassen, Vereinfachung in Frage kommt, ist noch zweifelhaft.

Kommunistentag in Moskau.

Mosk., 19. März. Die „Times“ melden aus Helsingfors: In Moskau fanden am 18. März der sogenannten „dritten Internationalen“ im Kremlin öffentliche Frühlingsfestlichkeiten statt. Nach dem Bericht der Isowits waren 32 Delegierte verschiedener Länder anwesend, darunter für Deutschland der Kommunist Albert. Lenin forderte in seiner Einführungsrede die Arbeiter Europas auf, an der allgemeinen kommunistischen Revolution teilzunehmen. Die Zustände seien überall für einen schnellen Sieg reif. Der französische Delegierte Guillebeau erwartete, daß der Friedensvertrag, den Lloyd, Clemenceau und Wilson Deutschland auferlegen wollen, durch die kommunistische Revolution ebenso schnell annulliert werde, wie der Frieden von Brest-Litowsk. Der deutsche Delegierte Albert betonte, daß er noch seiner Rückkehr den Spartakisten versichern werde, die Sowjetregierung wolle ihnen bis zum endgültigen Sieg alle möglichen Unterstützung angedeihen lassen. Trotz, der jubelnd „als Gründer der großen Armee“ begrüßt wurde, forderte die Versammlung auf, die kommunistischen Ziele hoch zu halten, getreu den Worten: „Auf zur allgemeinen Diktatur des Proletariats durch militärische Anwendung von Feuer u. Schwert!“

Die verhängnisvollen Zinnsoldaten.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ wurde der Geschäftsführer des Warenhauses Tieg in Krefeld vom belgischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 Franken Geldstrafe verurteilt, weil in der Spielwarenabteilung des Warenhauses Zinnfiguren vorgefunden wurden, welche Ähnlichkeit zwischen deutschen Feldgrauen und den Gegnern darstellten, bei denen die Feinde nicht besonders gut abschnitten. Der Geschäftsführer wurde erst aus der Haft entlassen, nachdem die Firma die 100 000 Mark als Sicherheit gestellt hatte.

Die Wirkungen der Hungerblockade.

Halle, 19. März. Die medizinischen Fakultäten aller deutschen Universitäten richten an die medizinischen Fakultäten der Neutralen und an den Präsidenten Wilson telegraphisch das Ersuchen, schnellstens zum beauftragten

Psychologen Professor Abderhalden nach Halle eine internationale Untersuchungskommission zu senden, welche sich über die Verheerungen der Hungerblockade in Deutschland und Österreich unterrichtet. Auch die medizinischen Fakultäten der feindlichen Länder sind eingeladen, sich dieser Menschheitsaktion zu: übigen Beistellung der Hungerblockade anzuschließen, welche gleichzeitig eine Eindämmung der kommunistischen Flut bringen und die Hungerblockade stärken könne. Nachdem den Vertretern der Kirche das Werk misslungen sei, müßten die Ärzte der ganzen Welt sich dafür einsetzen.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 19. März. WSB. Reuter. Bei der heutigen Sitzung des Obersten Kriegsrates wurde Lloyd George ein von Wilson, Clemenceau und Orlando unterschriebener Brief übergeben, in welchem er dringend aufgefordert wird, seine geplante Rückkehr nach England um zwei Wochen zu verschieben, angesichts der Dringlichkeit des Problems, mit dem sich die Konferenz in den nächsten Tagen zu befassen hat, und das die Unterzeichner des Briefes für wichtiger halten als sogar die Arbeitsschwierigkeiten, die in England dringender werden müssen. Es wird ein Bericht nach London geschickt werden, um dort dem Kabinett vorgelegt zu werden. Wie verlautet, wird Lloyd George seinen Beschluß in dieser Frage von der Ansicht seiner Kollegen abhängig machen, ob seine Anwesenheit in England nötig sei.

London, 19. März. WSB. Reuter. Der Brief Wilsons, Clemenceaus und Orlando an Lloyd George wurde in Paris unter dem 17. März ausl. veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut: Um zu vermeiden, daß die Welt auf den Frieden länger zu warten braucht, als tatsächlich unermesslich ist, scheint es uns dringend notwendig, daß Sie in Paris verbleiben, bis die hauptsächlichsten Fragen, die mit dem Frieden in Zusammenhang stehen, geregelt sind, um dort erlösen dringend, diesen Wunsch Folge zu geben. Wenn Sie es ermöglichen können, weitere zwei Wochen zu bleiben, so hoffen und glauben wir, daß dieses höchwichtige Ereignis erreicht werden kann. Wir schreiben dies mit vollem Einverständnis für die dringenden Angelegenheiten, die Sie nach England rufen und sind uns des Opfers, um das wir Sie erlösen, lebhaft bewußt.

Aus Stadt und Bezirk.

Moskau, 21. März 1919.

Die Regierung des Schwarzwaldbereichs hat am 18. März 1919 die Wahl des Stadtpflegers Eugen Knodel in Neuenbürg zum Ortsvorsitzer der Stadtgemeinde Neuenbürg bestätigt.

Frühlingsbeginn. Kalendermäßig zieht heute der Frühling ein. Er findet aber seine Wohnung noch vom Winter beengt, der sich mit Schnee und Eis noch zur Wehr setzt. Es wird dem gestrengen Herrn aber nicht viel übrig bleiben, früher oder später das Feld zu räumen. Hoffentlich geschieht recht bald!

Verband württ. Wandvereine. Am Sonntag, den 6. April hält der Verband württ. Wandvereine in Stuttgart, im Charlottenhof seinen 10. ordentlichen Verbandstag ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Verbandsvorsitzenden und Verbandsprotokoll, 2. Kasinbericht und Genehmigung des Voranschlags, 3. Anträge, 4. Wahlen, 5. ein Antrag des Ministerialrats Dr. Neufelder über Baukostenzuschüsse. Nachmittags ist eine Besichtigung der Bauten der württ. Wandvereine in Groß-Stuttgart sowie der Kleinwohnungsbauten der Stadtgemeinde Stuttgart im Aussicht genommen.

Erhöhung der Zündholzpreise. Das Reichswirtschaftsamt hat eine Erhöhung des Höchstpreises für Zündhölzer um 30 M, die Röhre zu 10 000 Schachteln, auf 440 M genehmigt.

Seiterbach. Zu dem am Mittwoch erschienen Bericht über die Empfangsfeste der heimkehrlichen Krieger ist noch nachzutragen, daß die hiesige Musikkapelle, deren Mitglieder ehemalige Kriegsteilnehmer sind, einen hervorragenden Anteil an den Veranstaltungen hatte und zur Verschönerung des Festes wesentlich beitrug. Abends fand noch ein Tanzkränzchen statt, welches ziemlich lange gedauert haben soll.

Aus dem übrigen Württemberg.

Wildbad. Die Kranenwirtin Günther in Sprollenhauß ließ einen Augenblick eine Zigarettenpackung mit 1000 Mark Papiergeid in der Küche stehen. In dem Augenblick, als sie sich umdrehte, war die Packung verschwunden. Die Polizei hat die Frau in Untersuchung genommen. Sie hat sich zur Zahlung von 1000 Mark verpflichtet.

Horb. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt 180 Stück Milchschweine. Verkauf wurden 128, das Stück 130—175 M. Käufer waren 3 zugerechnet, wovon jedoch keine verkauft wurden.

Horb. Mit dem Bau des zweiten Stiefes Ergänzungen—Boudoir—Neubau ist nunmehr begonnen worden. Unternehmer ist die Firma Geiser in Biersbrunn. Die günstige Arbeitsgelegenheit denken nicht nur die Heeresentlassenen, sondern auch die andere ortsanässige Bevölkerung. — Die große der Viehmangel gegenwärtig ist, zeigte am besten der gestrige Kuh- und Zuchtwiehmärkte. Der Zutrieb bestand aus einer einzigen Kuh.

Schramberg. In Anwesenheit des Bäckers Emil Becker in Housch brach Feuer aus, das sich bemerkt



wurde, als es bereits die Wohnräume erfaßt hatte. Mit großer Schnelligkeit übernahm sich der Brand auf das angebaut Nachbarhaus des Alois Schilling, sowie auf das südliche Spitzhaus. Alle drei Gebäude brannten bis auf den Grund nieder. In einem oberen Hause brannte der Dachstuhl ab. Durch das rasche tatkräftige Eingreifen der Feuerwehr war es möglich, das Vieh und ein Großteil der Viehhäute zu retten. Die Brandursache ist unbekannt.

Stuttgart. Der „Beobachter“ bespricht das Ergebnis der Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte, über die wir bereits berichtet haben, und sagt sein Urteil in folgende Kritik zusammen: Für den neutralen Zuschauer verhielt sich wieder der Eindruck, daß diese ganzen Landesversammlungen lediglich dem Bedürfnis einer Anzahl Leute dient, die von sich reden machen wollen. Doch manche gute und vernünftige Gedanken auch mit unter, soll nicht bestritten werden. Im großen ganzen herrschte aber die Phrasen. Das wenige, was geleistet wird, kommt dem Steuerzahler teuer zu stehen.

Stuttgart. Der Landesversammlung der A- und B-Räte schloß sich heute die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs an. Aus den Verhandlungen ist die Frage der Entlassungen von Militär von Interesse. Vom württembergischen Kontingent sind bis zum 1. März insgesamt 6550 Offiziere und rund 150 000 Mann entlassen worden. Außerdem ist eine ganze Reihe von Garnisonen aufgelöst worden. Für die Sicherheitskompanien ist die Uniform der württ. Schützentruppen ohne Ärmelstreifen vorgegeben. Ursprünglich waren 15 Kompanien in Aussicht genommen, nunmehr sind es bereits 28 geworden. Man rechnet mit zwei Bataillonen in Württemberg, die vornehmlich gebildet werden. Auf Stuttgart entfallen 4 Bataillone, auf Ulm eins und auf die übrigen größeren Städte je ein Bataillon. Dazu kommen noch drei Feldkanonen-Batterien und drei Feldhaubitzen-Batterien. Die Truppen halten nun zur jetzigen Regierung. — Der Landesversammlung wohnte außer dem Kriegsminister Herrmann auch Staatspräsident Biss bei.

Schorndorf. Wie der Staatsanzeiger berichtet, ist der Staatsminister der Justiz a. D. Mandry seinem Ansuchen entsprechend vom Justizministerium mit der Wahrnehmung des Amtes des dienstausführenden Amtsrathes in Schorndorf ernannt worden. — Die Meldung klingt an und ist sich ausnahmslos; denn Mandry ist, bevor er aus dem Justizamt zum Staatsrat beiderlei wurde, Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart gewesen. — In der Staatsanzeiger die Nachricht befragt, wie sie wohl stimmen. Wirklich liegt die Erklärung in der Dienstwohnungsfrage, die für Mandry's kinderreiche Familie in Schorndorf eine besonders glückliche Lösung findet.

Eine Masseneingabe.

ep. In einer Reihe deutscher Bundesstaaten (Preußen, Sachsen u. a.) ist gegenwärtig eine von ca. 500000 unterschriebene Sammlung von Unterschriften für eine Eingabe an die Nationalversammlung in Gang, die die Wahrung des christlichen Charakters der Schule verlangt. Diese Eingabe in kurzer Zeit die gewöhnliche Zahl von 4 Millionen Stimmen erreicht. Wie eine Vergleichung der Unterschriftenzahlen mit den in den Beitr. Begritten bei den Wahlen abgegebenen Stimmen zeigt (so im Reichsthum Waldeck 26 000 ca. Wähler und 26 000 Unterschriften) haben auch viele sozialdemokratische Eltern mitunterschieden. Die Sammlung ist noch nicht abgeschlossen.

Letzte Nachrichten.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie eine Landung polnischer Truppen in Danzig nach wie vor ablehnt.

Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. März, wie aus Berlin gemeldet wird, beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzes zur Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ebenso der Straßenbahnen zu beauftragen.

Frankreich hat in Spa mitteilen lassen, daß alle schwerverwundeten und schwerkranken deutschen Kriegesangenen demnächst nach Deutschland geschickt werden. Die ärztliche Untersuchung habe bereits begonnen. Es handelt sich um ca. 2000 Gefangene.

In Bremen stehen alle seklaren Schiffe abfahrtsbereit. Der spartakistische „Deutsche Seemannsbund“ hindert die Schiffe an der Ausfahrt. In Hamburg konnten aus demselben Grunde die Dampfer „Circus“ und „Patricia“ nicht ausfahren.

Bei der Beratung des Verfassungsentwurfes in der badischen Landesversammlung erklärte der Ministerpräsident Dr. Haas, daß, wenn Frankreich badisches Gebiet endgültig annektiere, man aller Welt sagen könne: „Wir sind belogen und betrogen worden!“

Wahl. Wetter am Samstag und Sonntag.
Zeitweilig bedeckt, mit vereinzelten Niederschlägen verbunden.

Nach der Schlußfeier am Samstagabend 15. März, Nagold, 18. März 1919, 8. Ubr, im Saal des Hotel „Zur Post“ (Herrn B. B. B.).

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Wohnungsmangel in der Stadt Nagold.

Wegen bestehenden Wohnungsmangels wird für die Stadt Nagold auf ihren Antrag gemäß § 9 der Verfügung des Ministeriums des Innern über Regelung des Wohnungsmarktes vom 28. Februar ds. Js. — Staatsanzeiger Nr. 50 — mit folgender Wirkung angeordnet:

1. daß die Ueberlassung von Wohnräumen an Personen, die von auswärts zuziehen, und die Ingebrauchnahme durch solche nur mit Einwilligung des Stadtschultheißenamts Nagold stattfinden darf, gleichviel ob das Recht auf die Räume auf Miet-, Hauskauf oder anderen Rechtsgründen beruht,
2. daß der Aufenthalt in der Stadt Nagold bei Personen, die in Gasthöfen, Pensionen und dergl. Wohnungen nehmen, ohne Erlaubnis des Stadtschultheißenamts Nagold die Dauer von 2 Wochen nicht übersteigen darf und die Inhaber des Gasthofs, Pensionen usw. verpflichtet sind, die fernere Beherbergung von Gästen nach Ablauf der 2 Wochen abzuschnüren und sich zu diesem Zweck über die Dauer des Aufenthalts der Gäste in Gasthöfen usw. zu vergewissern.

Forstamt Holzgrafenweiler.

Nadelstammholz-Berkauf

im schieflichen Auktionsfeld.

Am Donnerstag den 27. März 1919 vormittags 10 Uhr im Schwann in Holzgrafenweiler aus Staatswald: 2658 Fichten und Tannen mit Fm. Langholz: 466 I., 437 II., 472 III., 340 IV., 319 V., und 8 VI. Klasse, 44 Abstände mit Fm.: 24 I., 13 II. und 5 III. Klasse, ferner 141 Fichten mit Fm.: 17 II., 54 III., 21 IV. und 12 V. Klasse. Bedingungslos angebot auf die einzelnen Lose, in deren Normal- und Ausschluß nicht getrennt sind, werden in einem einheitlichen Preis im Ganzen und 7/10 Proz. an den Forstpreis veranschlagt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zu obigem Termin vormittags 10 Uhr beim Forstamt eingereicht werden. Eröffnung um 10 1/2 Uhr im Schwann in Holzgrafenweiler. Losverzeichnis von der Forstinspektion G. f. H. Stuttgart.

Christenlehr-Entlast-Scheine

Knaben u. Mädchen
Sonnlich bei
G. W. Zaiser,
Schulbldg. Nagold.

Hoher Verdienst

f. Reisesche, Gändler, Hausierer od. sonstiger kaufmännischer Personen durch Verkauf eines in jedem Haushalt dringend notwendigen Gebrauchsartikels. Bedingungen Sie sofort Musterbestellung gegen Entsendung von 70 Pfg in Briefmarken.

Gustav Buchbauer,
Cannstatt a. N.,
Taubenheimstr. 84.

Gesangbücher

empfehlen
G. W. Zaiser, Nagold.

Durch vorstehende Anordnungen werden die Vorschriften über den Kautschuk nicht berührt.
Den 18. März 1919.

Oberamt Nagold, N.S.

Kartoffelration.

Die Kartoffelration ist nach dem Erlaß der Württ. Landeskartoffelstelle Stuttgart vom 14. März lt. Verfügung des Reichsernährungsamts bei den Versorgungsberechtigten von wöchentlich 7 Pfund auf 5 Pfund, und bei Selbstversorgern von täglich 1 1/2 Pfund auf 1 Pfund herabgesetzt worden.
Den 19. März 1919. N.S.

Zucker zur Bienenfütterung im Jahr 1919.

Die Bienenzüchter erhalten für das Jahr 1919 zum Zweck der Bienenfütterung für jedes überwinterte Stockloch 7 1/2 Kg. Zucker zugewiesen.
Die Unterverteilung desselben wurde von der Landesversorgungsstelle dem Württ. Landesverein für Bienenzucht übertragen. Die Bienenzüchter haben daher die Zahl der Bienenstöcke sofort, spätestens aber bis 31. März d. J. bei den Ortsvertrauensmännern des genannten Vereins anzumelden. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Anmeldungen bei der Landesversorgungsstelle oder der Zuckervermittlungsstelle des Landesvereins (Oberlehrer Lupp, Weinsberg) sind unzulässig. Anfragen über Zuckerbezug sind dagegen an letztgenannte Stelle zu richten.
Der Zucker darf nur zur Bienenfütterung verwendet werden. Nicht benötigte Mengen sind der Zuckervermittlungsstelle zur Verfügung zu stellen.
Nagold, den 19. März 1919. Oberamt: Nagold, N.S.

Oberamt Nagold. Typhusausbruch in Pforzheim.

Angefaßt des überaus heftigen Typhusausbruchs in Pforzheim, durch welchen die Bewohner des Oberamtsbezirks Nagold, insbesondere diejenigen Orte, welche einen lebhafteren Verkehr mit Pforzheim haben, aufs Schwerste gefährdet sind, wird auf folgende Bestimmungen und Maßregeln zur gewissenhaften Beobachtung hingewiesen:
1. Von jedem Verdacht und Ausbruch des Typhus ist der Ortspolizeibehörde des Wohn- oder Aufenthaltsortes bzw. des Beschäftigungsortes unverzüglich Anzeige zu machen. Die Ortspolizeibehörden haben von jedem ihnen durch Anzeige oder sonstwie zur Kenntnis kommenden Falle des Verdachts oder Ausbruchs der Krankheit sofort dem Oberamt und gleichzeitig dem Oberamtsarzt auf dem vorgeschriebenen Formblatt Anzeige zu erstatten.
2. Vor unmaßigen Besuchen in Pforzheim, vor Genuss von Trinkwasser und ungekochten Speisen bei einem Aufenthalt in dieser Stadt und vor dem Gebrauch von Entwässerung zu Genusszwecken wird dringend gewarnt.
3. Solchen Personen, welche genötigt sind, in Pforzheim zu arbeiten oder zu verkehren, wird eine Schutzimpfung durch den Oberamtsarzt dringend empfohlen. Die Bohnahme solcher Impfungen erfolgt unentgeltlich.
Ueber die Abhaltung von Sumpferminen in solchen Orten, aus welchen Personen in größerer Zahl in Pforzheim arbeiten, wird das Nähere noch bekanntgegeben werden. Den hauptsächlich bedrohten Gemeinden des Bezirkes sind heute eine größere Anzahl Typhusmerkblätter zur Verteilung an die Bevölkerung mit der Post zugewandt.
Den 20. März 1919. N.S.

Gemeinde Gailtingen. Nadel- u. Laubholz-Stammholz-Berkauf.

Die folgenden in den Gemeindeforsten, angefallenen Lose Lang- und Sägholz und zwar:

Los Nr.	Waldteil	Lang- und Sägholz:						Klasse			Zusammen Festm.	worunter Festmeter	Stamm-Nr.
		I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	I.	II.	III.			
1	Burgstuf	—	12,10	24,97	8,26	9,91	0,59	7,12	1,36	—	64,31	64,31 La.	1—67, 78—78.
3	Hohlensteinberg	11,02	64,43	49,93	6,40	4,80	1,12	—	1,36	—	149,06	140 Fl., 9 La.	125—151, 172—186, 282—345.
4	"	—	30,44	67,08	19,08	1,87	—	4,67	2,62	2,62	129,38	129 Fo.	152—165, 187—281.
5	Krautgarten	12,82	29,25	15,39	1,79	—	—	—	—	—	59,25	59 Fo.	407—445.
6	"	25,95	15,35	13,58	0,85	—	—	0,69	0,45	—	36,87	36 Fl.	446—476.
7	Delmen	10,89	22,92	16,48	4,30	0,44	—	—	—	—	55,03	55 La.	569—616.
8	"	—	1,41	6,29	2,28	—	—	—	—	—	11,07	11 Fa.	617—630.
10	Hardt	68,52	36,89	17,73	0,85	1,13	—	1,63	1,13	0,32	127,40	120 Fl., 7 La.	772—830.
11	"	44,54	35,85	13,63	4,30	1,45	—	0,88	—	—	100,65	90 Fl., 10 La.	831—880.
12	"	15,73	115,08	44,99	2,17	3,66	1,03	1,83	5,38	0,43	190,30	190 Fo.	891—1011.
											943,32		

kommen im schieflichen Auktionsfeld zum Verkauf. Die Angebote sind getrennt für die einzelnen Lose in ganzen und Zehntelprozenten des Realoffenen Holzpreises in geschlossenem Bittumschlag mit Aufschrift „Angebot auf Nadelstammholz von Gailtingen“ bis

Dienstag den 1. April 1919, vormittags 11 Uhr

zu welcher Zeit die Einkaufseröffnung stattfindet, beim Gemeinderat einzulegen. Wenn möglich entscheidet der Gemeinderat am Verkaufstage über die Angebote. Das Holz ist nach geradem Zentimeter gemessen mit Krausholz. Ausschlußholz nicht ausgeschlossen. Verkaufsbedingungen liegen auf dem Rathaus auf. Am gleichen Tag werden im Wald einzeln verkauft

200 Stück Rüfer-, Bau- und Wagner-Eichen

die zu 67 cm Durchmesser mit Abgang vom Rathaus um 1 Uhr; die Hölzer im „Hardt“ und „Hohlensteinberg“ liegen 3—4 Km. von Station Ebnach entfernt.
Den 19. März 1919.

Waldmeisteramt.

Gummistempel
in allen Größen
G. W. Zaiser, Schreibewarenhandlg. Nagold.

Gummifanger und **Gummifänger** empfiehlt **C. Erbe, Tübingen.**

Kluge Damen und Herrn werden ich in **Heiratsangelegenheiten** Fran Josefine Hofmann, Stuttgart, Hackstr. 161. Preis Ref. Telefon 6327.

Stadtgemeinde Haiterbach. Lang- und Sägholz-Berkauf.
Am Samstag, den 22. März, nachmittags 2 Uhr, kommt auf dem hiesigen Rathaus zum Verkauf und zwar:

	Langholz.						Sägholz.		
	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	V. Kl.	VI. Kl.	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.
Thau Abt. X	46,01	97,18	77,31	16,03	0,72	—	3,77	4,67	3,33
Thau Abt. VII	8,42	56,17	51,18	5,35	—	—	—	1,75	0,80
Buch Abt. III	—	4,73	42,56	47,04	10,74	—	1,88	0,99	1,03

Die Schläge in Thau Abt. X und VII werden einzeln ausbezogen. Das Holz ist schöner Qualität, Abfuhr günstig.
Stadtspflege: I. S. Squiret.



Grenzschutz Ost.
Württ. Freiwilligen-Abteilung Haas.
 Ich gestatte mit, die Kriegskameraden und Freunde, die für den Grenzschutz Ost Interesse haben, auf
Samstag, den 22. März 1/2 8 Uhr abends
 im hiesigen „**Trandentaate**“ zu einem Gedächtnis- und
 Wehbrotraß freunlichst einzuladen.
Weher, Leutnant
 im 1. Württ. Fern-Regiment.

Gewerbebank Nagold
 e. G. m. b. H.

Einladung
 zur
Generalversammlung
 am Sonntag den 30. März, nachmittags 3 Uhr
 im Saale des Gasthofs zum „**Röhl**“ in Nagold.

- Tagesordnung:**
- 1) Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 1918.
 - 2) Bericht des Aufsichtsrats.
 - 3) Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.
 - 4) Erteilung der Entlastung an den Vorstand und Aufsichtsrat.
 - 5) Beschlussfassung über die Gewinnverteilung und Festsetzung der Dividende.
 - 6) Neuwahl für das statutengemäß ausscheidende, wieder wählbare Vorstandsmitglied:
 Herrn Fabrikant u. Mitglied der Landesversammlung **Stephan Schaidle**, Vorsitzender.
 - 7) Neuwahl für die statutengemäß ausscheidenden, wieder wählbaren Aufsichtsratsmitglieder:
 Herrn **Friedrich Schmid**, Kaufmann, Vorsitzender,
 „ **Paul Schmid**, Kaufmann, Schriftführer und Kontrolleur,
 „ **Friedrich Reuschler**, Privatier,
 „ **L. Wohlbold**, Elektrizitätswerkbesitzer.

Nagold, den 11. März 1919.
Der Vorstand:
St. Schaible, Dolmetsch, Lenz.

Wildberg.
Sämtliche Kriegsteilnehmer,
 Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen des unteren Amtsbezirks (Wildberg, Sulz, Gältslingen, Efringen und Schönbrown) werden auf kommende
Sonntag, den 23. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr
 zu einer wichtigen Besprechung bei Kamerad Klingel zur „**Schwane**“ in Wildberg
eingeladen.
Der Einberufer.

Einige tüchtige Schreiner
 auf Großmöbel, sowie
1 bis 2 tüchtige Beizer
 sucht
Möbelfabrik A. May,
 Zweigniederlassung Altensteig.

Tüchtige Schreiner
 für sofort gesucht.
Arnold Biber, Abt. Schreinerrei, Pforzheim.
 Glöcherstraße 32.

Sechs
Lebens-
Bilder
 aus der inneren und äußeren Mission mit Abbildungen von Oberlin, Dollening, Schrenk, Wichern, Harms, Bodelschwinge
 Geb. Mf. 6.60.
 Vorrätig bei
G. W. Zaiser,
 Buchhandlung.

Speisezwiebel
 sind in jedem Quantum zu haben, auch
Knoblauch
 will nächste Tage ein
Hermann Knodel.

Wildberg.
Einladung.
 Der Arbeiter-Verein hält am **Samstag, den 22. März abends 8 Uhr** im Lokal zum „**Löwen**“ eine
Mitglieder-Versammlung ab.
Tages-Ordnung.
 1. Regelung des Vorstufes an den Landesverband.
 2. Regelung des Vereinsvermögens.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder aufgefordert, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Voranzeige.
Der Rubin des Maharadscha.
Sensationsprogramm des Lichtspielhauses.
 Detektivdrama aus einem indischen Fürstenhaus.

Altensteig.
Filzhüte
 in allen Farben
 sind eingetroffen bei
Chr. Schmid
 Hut- und Mützensgeschäft.

Alleinverkauf
 für geschäftl. Gebrauchszwecke der Möbelbranche — bei der gegenwärtigen Wohnungsnot sehr begehrt für Nagold und Umgegend noch zu vergeben. Fabrikation erfolgt durch eine der größten Holzbearbeitungsfabriken Deutschlands. Für Eigengebüden wird je nach Bezirksgröße Anzahlung von M. 1000. — bis 2000. — verlangt. Bewerber — möglichst mit Laden — wollen Angebote einreichen unter **S. T. 956** an **Rudolf Woffe Stuttgart.**

Effingen u.
 Verkauft eine mit dem 4. Kalb 37 Wochen trüchtige,

Rug- und schwere Schaffkuh.
Michael Dengler.

Nagold, 20. März 1919.

Trauer-Anzeige.
 Tiefbetäubt geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe einzige Tochter und Schwester
Johanna
 nach schwerer in Geduld ertragener Krankheit im Alter von 18 1/2 Jahren ihrem Bruder Herrmann rasch im Tode nachgefolgt ist.
 In tiefem Schmerze:
 Die Eltern: **Johs. Werner und Frau.**
 „ **Brüder: Karl und Emil.**
 Beerdigung: Sonntag Mittag 1 Uhr.

Schönbrown, den 19. März 1919.
Trauer-Anzeige.

 Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir hiermit die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber, unversehrter Vater, unser lieber, treuer langjähriger Vater, Schwager, Großvater, Schwager und Onkel
Bernhard Stepper,
 Küfermeister,
 heute früh nach langem, schwerem Leiden im Alter von 60 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.
 Um stille Teilnahme bitten
 die tiefbetroffene Gattin:
Elisabeth Stepper geb. Wolf
 mit ihren Kindern und Enkelkindern.
 Beerdigung: Samstag nachm. 2 Uhr.

Sommerproffen — weg!
 Leidensgefährten bitte unentgeltlich mit, auf welche solche Weise ich meine Sommerproffen nützlich benutze. Frau **Elisabeth Ebelich, Frankfurt a. M. 161, Schillerplatz 47.**

Nagold.
 Im Aufertigen von
Zöpfen
 u. sonstigen Haararbeiten empfiehlt sich bestens
L. Bökle Witwe,
 S. an- u. Herren-Frisiergeschäft
 Oberhofstr.
 NB. Ausgeschämmte Haare kauft
 Obste.
 Hatterbach.

la. Schuhfett
 in Rollen von 10 Dofen.
 à 3.—
 zu haben bei
Brenning, Gerberstraße
 Nagold.

Oberschwandorf.
 Der auf 23. März angekündigte
Wagenverkauf
 findet nicht statt.
Walg, Wagner.

Rot-Gelb-Schweden-Hauen, Spaten, Senjen Achereggen,
 sowie sämtliche
Eisenwaren
 empfiehlt
Fr. Schuler,
 Eisenhandlung

St. Paulen.
Empfehle
Kunst-Moftertrakt
 kein Zucker nötig.
Karl Witwe.

Suche einige junge Legehühner.
 Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Gündingen.
 Eine eiserne
Egge
 hat preiswert zu verkaufen.
Clemens Wehrstein,
 Weinriedpflager.

